



Pressekonferenz zum Thema:

**Die Oberösterreicher:innen leiden unter der Teuerung. Die Sozialmärkte
sind am Limit.**

Wann kommt das Landeshilfspaket?“

Freitag, 24. Juni 2022, 11:00 Uhr

Parteizentrale SPÖ OÖ, Landstraße 36, 4020 Linz, Zimmer 100

oder auf live.spooe.at

Ihre GesprächspartnerInnen sind:

Mag. Michael Lindner, gf. SPÖ-Vorsitzender

Elisabeth Leitner, Obfrau Verein Sozialmarkt „arcade“

Michael Lindner: „Bundespaket wird verpuffen, Land OÖ muss gegensteuern und sozial ausgleichen“

Die Teuerung ist schon längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Das spüren auch die Sozialmärkte und sind vielerorts am Rande der Überlastung, wie unzählige Medienberichte aufzeigen. Dass das Bundes-Entlastungspaket nicht gezielt genug greift, hat der Budgetdienst des Parlaments deutlich aufgezeigt. Deshalb helfen auch alle anderen Bundesländer ihren sozial schwächeren Mitbürger:innen – außer in Oberösterreich. „Alle anderen Bundesländer handeln bereits und haben trotz des gestern beschlossenen Bundespaketes eigene Entlastungspakete angekündigt oder bereits auf den Weg gebracht. Wo bleiben Entlastungsmaßnahmen für die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher?“, zeigt der gf. SPÖ-Vorsitzende Michael Lindner auf.

Regierungspaket macht kein einziges Produkt billiger

Schon seit Monaten macht sich die massive Teuerungswelle bemerkbar – im Mai lag die Inflation auf einer Rekordhöhe von 8%, Tendenz steigend. **Während in den 80er-Jahren zur Zeit der Ölpreiskrise die Politik aktiv in den Markt eingegriffen hat**, fehlt es in den 32,6 Milliarden EUR großen Anti-Teuerungspaketen an gezielten Maßnahmen wie etwa einer Preisdeckelung oder einer Streichung der Mehrwertsteuer. Auch der Budgetdienst des Parlaments zeigt auf: Im Teuerungspaket spielen Maßnahmen für eine dauerhafte Preisreduktion nur eine untergeordnete Rolle. „Wie im Corona-Management hinkt die Regierung auch bei der Teuerung hinterher. **Die Regierung greift nicht aktiv ein, die Produkte des täglichen Bedarfs bleiben teuer. Es gibt keine Sicherheit für die Konsument:innen**“, analysiert Lindner. Er begrüßt die Valorisierung einiger Sozialleistungen, kritisiert jedoch die fehlende soziale Ausgeglichenheit des bundesweiten Maßnahmenpaketes: „Egal ob beim Einkaufen, Heizen oder Wohnen – die Teuerungen spüren wir täglich. Die Einmalzahlungen helfen vielleicht kurzfristig, die Kosten beim täglichen Lebensmitteleinkauf oder beim Heizen im Winter werden aber dadurch nicht weniger – ganz im Gegenteil. Mittelfristig fehlt der Bundesregierung der Plan“, macht Lindner deutlich.

Der Großteil, nämlich 70% der angekündigten Ausgaben, betreffen die kalte Progression und den Klimabonus. Beides zahlen die Österreicher:innen über Lohn- und CO₂-Steuer selbst. **„Vor allem sozial Schwächere bekommen nur Almosen**. Durch diese Maßnahmen werden Spitzenverdiener:innen viel mehr entlastet, als jene, die das Geld am Nötigsten hätten“, kritisiert Lindner. Die höchste Entlastung bekommen demnach Spitzenverdiener:innen (siehe Grafik). Bundeskanzler Nehammer selbst bekommt bis 2026 etwa 6.000 Euro als Teuerungsausgleich. Eine Pensionistin mit 1.200 Euro Pension bekommt weniger als ein Drittel davon.

Entlastungen Spitzenverdiener:innen vs Mindestpensionistin

Spitzenverdiener bekommen tausende Euros:	
Entlastung Nehammer	
2022	1.235 €
2023	1.128 €
24-26	3.500 €
Gesamt	5.863 €
Entlastung Pensionistin mit 1.200 €	
2022	750 €
2023	242 €
24-26	710 €
Gesamt	1.702 €

Entlastungen durch Zufallsgewinnsteuer

Vor allem große Unternehmen, wie Öl- und Gaskonzerne, können weiterhin Milliardengewinne abschöpfen, dabei könnten mit diesem Geld wirksame Anti-Teuerungsmaßnahmen finanziert werden.

„Die Kosten des Entlastungspakets werden somit wieder einmal überwiegend von den Steuerzahler:innen selbst bezahlt. Durch eine Zufallsgewinnsteuer würde den Konzernen Grenzen gesetzt werden und das Ausnutzen der Situation verhindert werden“, gibt Lindner zu bedenken.

Alle anderen Bundesländer handeln

Der Bundesländervergleich zeigt: Alle Bundesländer bis auf Oberösterreich haben bereits ein eigenes Maßnahmenpaket auf den Tisch gelegt oder diskutieren darüber. Jüngstes Beispiel ist neben Niederösterreich nun auch Vorarlberg, das ein 20 Millionen Euro schweres Landespaket beschlossen hat. Darin enthalten sind die Erhöhung der Wohnbeihilfe, Familien- und Heizkostenzuschuss und die Erhöhung Sozialhilfe sowie eine Anpassung der Einkommensgrenze.

Entlastungspakete auf Landesebene

Bundesland	Entlastungsmaßnahmen
Wien	Energiekostenhilfe bis 1.000 Euro
Niederösterreich	Paket angekündigt für Herbst
Burgenland	Heizkostenzuschuss 400 Euro
Steiermark	300 Euro Steiermark-Bonus für 30.000 Haushalte
Kärnten	Kärnten-Bonus von 200 Euro (für alle mit Wohnbeihilfe od. Heizkostenzuschuss)
Salzburg	* Mehr Sozialleistung * Wohnbeihilfe plus 15% * Wohn- und Betriebskostenhilfe
Tirol	* 500 Euro Heiz- und Energiekostenzuschuss für 1/8 der Haushalte * Erhöhung der Wohnbeihilfe
Vorarlberg	* Erhöhung der Wohnbeihilfe * Heizkostenzuschuss für 10% der Haushalte
Oberösterreich	Fehlt

Evaluierung der Wohnbeihilfe: 7-Euro-Grenze muss fallen

„Auch das Land OÖ hätte eine Vielzahl an Möglichkeiten, den Oberösterreicherinnen und Oberösterreichern gezielt und rasch unter die Arme zu greifen. Die Erhöhung der Wohnbeihilfe und die Erweiterung des Bezieher:innenkreises wäre ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Genau das hat Vorarlberg gerade getan und zahlt jetzt fast so viel Wohnbeihilfe aus wie ganz Oberösterreich“, macht Lindner deutlich. Der Zugang zur Wohnbeihilfe wird in Oberösterreich zunehmend schwerer – vor allem Studierende und Alleinerzieher:innen müssen aufgrund der strengen Förderrichtlinien des zuständigen Referenten Haimbuchners auf dringend notwendige Unterstützungen verzichten. „Statt das Wohnbeihilfebudget Jahr für Jahr zu kürzen, muss die realitätsfremde 7-Euro-Grenze endlich fallen“, zeigt Lindner auf.

Heizkostenzuschuss dringend erhöhen

Konkret eingreifen kann das Land Oberösterreich auch beim Heizkostenzuschuss. „**Die Länder müssen Verantwortung übernehmen – das haben sich auch die Menschen in Oberösterreich verdient.** Nehmen wir uns ein Beispiel an Salzburg, Vorarlberg, Tirol oder Wien und unterstützen unsere Mitbürger:innen bei der Energierechnung. Die Einmalzahlungen des Bundes werden die horrenden Heizkosten nicht abfedern. Diese reichen für Viele nicht einmal für 2022“, so Lindner. Deshalb setzt sich die SPÖ-Fraktion seit Monaten im Landtag für eine Verdoppelung des Heizkostenschusses ein.



SPÖ liefert im Landtag konkrete Vorschläge für Entlastungen

Die SPÖ stellt die aktuelle Teuerungswelle bereits seit Jänner in den Mittelpunkt jeder Landtagssitzung. „Strompreise senken, „Windfall-Profits-Tax“ einführen!“, fordert Lindner. Zusätzlich sind landespolitische Maßnahmen nötig – die SPÖ hat ein umfassendes Entlastungspaket in sechs Initiativanträgen vorgelegt. Im gestrigen Ausschuss für Standortentwicklung wurden diese sechs SPÖ-Beilagen zum Teuerungsausgleich jedoch pauschal von ÖVP-FPÖ verschleppt – gegen die Stimmen aller anderen Parteien. „Seit Jänner blockiert Schwarz-Blau unsere Ideen zum Teuerungsausgleich. Stelzer beobachtet nur, anstatt selbst Verantwortung zu übernehmen“, zeigt sich Lindner verärgert.

Die SPÖ fordert daher in OÖ:

- Heizkostenzuschusses verdoppeln
- Bezieher:innenkreises erweitern und erhöhen
- Sozialhilfe-Richtsatz für Kinder erhöhen und absichern

Elisabeth Leitner: „Anzahl der Kund:innen bei uns im Sozialmarkt steigt täglich“

Elisabeth Leitner ist Obfrau des Vereins Sozialmarkt „arcade“ in Freistadt. Auch sie spürt die aktuelle Teuerungswelle in ihrer täglichen Arbeit: „Die Anzahl derer, die eine Sozialmarktkarte beantragen steigt spürbar. Waren im Jänner noch 461 Kund:innen bei uns im Sozialmarkt einkaufen, so stieg die Zahl im April bereits auf 852 Personen.“ Im Juni könnte sich die Anzahl sogar verdreifachen, wie ein Vergleich zwischen Dienstag, 4. Jänner und letzten Dienstag zeigt: **Besuchten im Jänner noch 37 Personen den Sozialmarkt, waren es letzten Dienstag schon 92 Menschen.** „Wir merken sehr deutlich, dass jene Menschen, die schon länger im Besitz einer Einkaufskarte sind, diese wieder vermehrt in Anspruch nehmen und dass viele neue Kundinnen und Kunden bei uns einkaufen. Sie haben mit den massiven Teuerungen gerade auch bei den Lebensmitteln schwer zu kämpfen“, informiert Elisabeth Leitner.

Sozialmarkt „arcade“ Freistadt

Der Sozialmarkt nimmt von Handels- und Produktionsbetrieben Produkte gratis entgegen. Es gibt mit den jeweiligen Lebensmittelmärkten schriftliche Vereinbarungen. Die Produkte sind einwandfrei, aber mit kleinen Verpackungsschäden, falsch etikettiert oder befüllt, kurz vor oder nach der Mindesthaltbarkeitsdaten oder stammen aus Überproduktionen. „Der Verein ist nicht auf Gewinn ausgerichtet, überparteilich und überkonfessionell und setzt sich zum Ziel, Mitmenschen mit geringerem Einkommen in der Region zu unterstützen“, erklärt Leitner. Zwei Mal im Jahr - zu Pfingsten und Anfang Dezember - sammelt der Verein vor den Lebensmittelmärkten Lebensmittelspenden für die Kundinnen und Kunden. „Alle Waren werden an Personen mit geringem Einkommen zu 30 % oder 50 % des regulären Warenpreises verkauft. Bei überschüssigen Produkten geben wir diese auch mal gratis an unsere Kund:innen weiter“, so Leitner.

Einkommensgrenze für Einkaufskarte niedriger als Armutsgefährdungsgrenze

Die Einkaufskarte erhält man unter Vorlage aller im Haushalt lebender Personen. Die Einkommensgrenzen liegen derzeit bei (Nettobeträge):

- Einzelpersonen: 1.200 EUR
- Ehepaare/Lebensgemeinschaften: 1.700 EUR
- Zuschlag pro Kind 300

„Die Armutsgefährdungsgrenze liegt bei 1.372 Euro. Bei uns im Bezirk Freistadt sind derzeit 726 Einkaufskarten ausgestellt, wobei man hier mit dem Faktor 3 hochrechnen muss, **weil hinter diesen Zahlen ganze Familien stecken.** Die Tendenz ist hier leider steigend“, weiß Leitner. Kund:innen sind Mindestpensionist:innen, sogenannte „Working poor“, bei denen das Einkommen trotz Vollzeitjob nicht ausreicht und Alleinerzieher:innen.